

**BFO / GRÜNE
OBER-RAMSTADT**



Kommunal-Wahlprogramm 1989

Energieversorgung - Sache der Gemeinde

Energieeinsparung ist unbestritten eine der wichtigsten Energiequellen der Zukunft. Die auf wachsenden Rohstoffverbrauch eingestellte Wirtschaftsweise der Energiekonzerne ist dabei ein entscheidendes Hindernis. Dem Energiesparen werden rechtliche und wirtschaftliche Hemmnisse in den Weg gelegt. Hier können kommunale Energieversorgungsunternehmen entscheidend dazu beitragen, daß der Politik der Verschwendung ein Ende gemacht wird. Kleinere Kraftwerkseinheiten sparen nachweislich Energie. Es gibt eine Reihe Beispiele in anderen vergleichbaren Gemeinden in der Bundesrepublik, wo z.B. durch Blockheizkraftwerke (Wärme- Kraft- Kopplung) bereits beträchtliche Energiemengen eingespart werden und die Umwelt entlastet wird. Die BfO/Grünen fordern für Ober-Ramstadt eine Energieversorgungsstudie. Diese Studie sollte die Handlungsmöglichkeiten der Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftliche u. energiesparende Energieversorgung untersuchen. Die Ergebnisse können als Grundlage für anschließende konkrete Planungen dienen.

Umweltbeauftragte(r) - auch für Ober-Ramstadt

Die Stadtverwaltung wird zunehmend mit Umweltproblemen konfrontiert. Das vorhandene Personal ist dafür nicht oder nicht ausreichend ausgebildet.

- Deshalb fordern die BfO/Grüne die Einstellung einer/eines Umweltbeauftragten.

Viele Städte u. Gemeinden haben damit in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen gemacht. Die (Der) Umweltbeauftragte sollte u.a. folgende Aufgabengebiete bearbeiten:

- Erstellung eines jährlichen Umweltberichts
- Abfallvermeidung u. Abfallverwertung
- Überwachung der Abwasserentsorgung
- Energiesparen in städtischen Einrichtungen
- Überwachung der städtischen Naturschutzmaßnahmen
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen

Umgehungsstraße - ja, aber umweltverträglich

BfO/Grüne sind seit Jahren für den Bau einer Umgehungsstraße in vernünftigen, am tatsächlichen Verkehr orientierten Dimensionen eingetreten. Unsere Aussage, daß die Notwendigkeit für den Bau der Umgehungsstraße durch die Straßenbaubehörde dazu benutzt wurde, hier einen "Regionalen Straßenzug" durchzusetzen, wurde durch zwei Gerichtsurteile (und die Abweisung der eingelegten Beschwerde) bestätigt. BfO/Grüne treten konsequent für eine umweltverträgliche Neuplanung der Umgehungsstraße ein.

Personennahverkehr

In immer zunehmenderem Maße beeinträchtigt der Individualverkehr die Lebensqualität durch Luftverschmutzung, Landschaftsverbrauch und steigende Unfallzahlen. Das effektivste Nahverkehrsmittel ist nach wie vor die Straßenbahn. Wir fordern die Fortführung der Straßenbahnverbindung von Darmstadt/Böllental nach Ober-Ramstadt auf den Grundlagen des Gutachtens von Prof. Dr.-Ing. Mühlhans. Die Straßenbahnbindung Ober-Ramstadts ist in die Umgehungsstraßenplanung einzubeziehen.

Abfallbeseitigung - geht jeden an

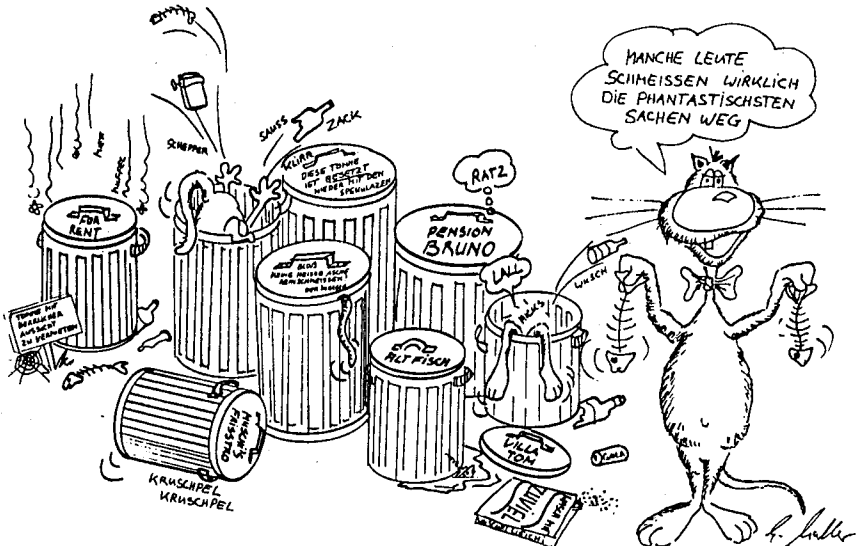
In den letzten Jahren hat sich die Müllproblematik landesweit weiter dramatisch verschärft. Auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg kann seiner Verpflichtung, die weiter wachsenden Müllberge ordnungsgemäß zu deponieren, nicht mehr nachkommen. Die Ursache hierfür liegt u.a. in einer ungenügenden Rahmengesetzgebung von Bund u. Land, die einer wirkungsvollen Eindämmung der Abfallmengen entgegensteht. Eine andere Ursache liegt darin, daß der Kreis als Abfallbeseitigungspflichtiger über keine Deponieflächen verfügt und auf die Mitwirkung der Kommunen angewiesen ist. Keine Kommune ist jedoch bereit, Flächen für Kreisdeponien zur Verfügung zu stellen. Auch die Stadt Ober-Ramstadt hat außer Schuldzuweisungen in den vergangenen vier Jahren nichts zuwege gebracht: weder für Erdaushub oder Bauschutt noch für kompostierbare Abfälle hat die Stadt versucht, Deponieflächen zur Verfügung zu stellen. Man schiebt dem Kreis die Verantwortung zu und verweist auf die ehemalige Tongrube Mölter in Wembach, die im Besitz des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen (ZAS) ist. In dieser Tongrube, die unmittelbar an die Wohnhäuser von Wembach angrenzt, soll Bauschutt und Erdaushub deponiert werden.

Dagegen sprechen mehrere schwerwiegende Argumente:

- Nach den Richtlinien der Hessischen Landesanstalt für Umwelt kommt die Tongrube wegen der nahen Siedlungsflächen als Deponie nicht in Frage.
- Die Tongrube Mölter ist mittlerweile eine wertvolle Biotopfläche, die auch nach Ansicht des Landschaftsplaners der Stadt als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollte.
- Erdaushub sollte in Zukunft nur noch zwischengelagert bzw. wiederverwendet werden.
- Bauschutt sollte grundsätzlich wiederaufbereitet werden. Eine Recyclinganlage für Bauschutt kann wegen der Lärmentwicklung nur in größerer Entfernung von Siedlungsgebieten geplant werden.

Die BfO/Grüne fordern deshalb:

- Die Stadt sollte untersuchen lassen, welche Flächen der Gemarkung am besten für eine Bauschuttdeponie (inclusive Recyclinganlage) geeignet sind.
- es ist außerdem eine Kompostierungsanlage für Gartenabfälle und kompostierbaren Hausmüll gegebenenfalls mit Nachbargemeinden zu planen.
- Die getrennte Sammlung von wiederverwertbaren Stoffen ist auszubauen und zu intensivieren.
- Zur Müllreduzierung sind die Müllgebühren progressiv zu staffeln, d.h. je größer die Mülltonne ist, desto höher ist der Preis pro Liter festzusetzen.



Naturschutz - ist lebenswichtig

In der vergangenen Legislaturperiode wurde der Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Stadt Ober-Ramstadt rechtskräftig. Anderthalb Jahre nach Inkrafttreten des Landschaftsplanes sind

- die Schutzvorschläge des Landschaftsplanes noch nicht in Angriff genommen worden. Die Zerstörung von wertvollen Biotopflächen geht an vielen Stellen weiter. Es fehlt an Geld und Personal, um die vielfältigen Naturschutzaufgaben der Stadt wahrzunehmen. Andere vergleichbare Kommunen investieren ein Mehrfaches in den Naturschutz.

Die BfO/Grüne fordern für den Naturschutz in Ober-Ramstadt:

- In Zukunft müssen erhebliche Mittel für Flächenankäufe und Biotopflege aufgewendet werden.
- Die städtischen Pachtverträge mit den örtlichen Landwirten sollten Auflagen enthalten, die den Zielvorstellungen des Landschaftsplanes entsprechen.
- Insbesondere dürfen Grünlandflächen in ökologisch wertvollen Bereichen wie Bachauen nicht mehr in intensiv genutzte Ackerflächen umgewandelt werden.
- Das "Ackerschonstreifenprogramm" u. ähnliche Projekte sollten zusätzlich von der Stadt finanziell gefördert werden; geeignete Wegparzellen sollten zur Biotopvernetzung genutzt werden.
- Werden private Nutzungsrechte durch Realisierungsmaßnahmen des Landschaftsplanes beeinträchtigt, sind die Eigentümer zu entschädigen.
- Naturnahe Waldrandgestaltung des Kommunalwaldes gemäß Wald-randerlaß vom August 1986.
- Großzügige Erweiterung der Wasserschutzgebiete 1. Ordnung.
- kein Einsatz von Bioziden auf Kommunalflächen.
- Verzicht auf den geplanten Dauerstau beim geplanten Regenrückhal-tebecken in der Modauae südlich des Rondells.



Die jetzige Planung des Wasserverbandes Modau hat folgende Nachteile:

- Zerstörung des Gewässerbiotops auf mehreren hundert Metern.
- Erhebliche Eingriffe in die Tallandschaft durch Veränderung der Topographie.
- Änderung des Kleinklimas mit Auswirkung bis weit unterhalb des Schwimmbades.
- Entstehung von Kaltluftseen u. Nebelbildung.
- Ablagerungen von Schlamm, dadurch regelmäßig erforderliche Eingriffe im Dauerstaubereich.
- Verringerung der biologischen Selbstreinigungskraft
- Erwärmung des aufgestauten Wassers.

Städtebauliche Entwicklung

Die Schaffung städtebaulicher Rahmenbedingungen, die den Interessen der Gemeinschaft der Bürger im weitesten Sinne Rechnung trägt, gehört zu den wesentlichen Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung. Hierzu gehören - neben der am Bedarf orientierten Ausweisung von Bauflächen für Wohn-, Industrie- und Gewerbebezwecke und der allgemeinen Verbesserung der Verkehrserschließung - in neuerer Zeit zunehmend Sanierungsmaßnahmen der alten Ortskerne. Der Gesetzgeber sieht als Ziel dieser Maßnahmen die Verbesserung der Wohnquartiere, ihres Umfeldes und des allgemeinen Lebensraumes. In die vorausgehenden Planungsprozesse sind die "mündigen" Bürger umfassend mit einzubeziehen, vor allem rechtzeitig über die planerischen Absichten zu informieren. BfO/Grüne treten dafür ein, daß auch in Ober-Ramstadt die Bürger rechtzeitig über Planungsabsichten informiert und in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Stadtkernsanierung

Die Umgestaltung und Verbesserung des Stadtkerns betrachten wir als eine der wichtigsten, städtebaulichen Maßnahmen für Ober-Ramstadt. Die ersten Planungen für die Sanierung des Stadtkerns haben wir mitinitiiert. Die Ergebnisse liegen seit langem vor, sie zielten im wesentlichen auf Erhaltung und Verbesserung der gewachsenen Strukturen.

Hammermühle und Rathaus

Die Restaurierung der Hammermühle und die Erweiterung des Rathauses wurden von der BfO durchgesetzt bzw. entscheidend mitgetragen.

Programm "Einfache Stadterneuerung"

Die Nutzung des Programms "Einfache Stadterneuerung" für die Sanierung des Stadtkerns wurde von uns angeregt.

Stadthalle

Den Standort für die Stadthalle am ehemaligen "Knöße" Hof halten wir für falsch. Das Bauvolumen zwingt sich förmlich in die umgebende Bebauung und erdrückt sie. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind nicht gegeben, das Dilemma mit den fehlenden Parkplätzen - Doppelnutzung der Tiefgarage - zeigt dies besonders deutlich.

Rathausvorplatz (Leuschnerstraße)

Der Platz vor Rathaus und Hammermühle bietet - bei entsprechender Umgestaltung - die einzige Möglichkeit der räumlichen Öffnung des ansonsten engen Straßenzuges der Darmstädter Straße. Hier könnte Ober-Ramstadts "liebenswürdiger Mittelpunkt" entstehen:

Ein Platz mit Anschluß zum Hammergarten und zumindest optischer Einbeziehung des Petri-Gartens. Für dieses Ziel treten wir ein. Die Bebauung der Freifläche mit einem weiteren Wohn- und Geschäftshaus halten wir für städtebaulich falsch.

Gesamtentwicklung und Verkehr

Die Ende des vorigen Jahrhunderts fertiggestellte Eisenbahnlinie begrenzte das alte Siedlungsgebiet der Stadt zum Norden. Seit 1949 wurden mehr und mehr Bauplätze im Siedlungsgebiet "Eiche" ausgewiesen, so daß heute ca. 40 % der Einwohner nördlich der Bahnlinie wohnen. Durch die Ausweisung der Baugebiete "Eiche Ost" und "Erfurter Straße" wurden weitere Bürger in diesem Gebiet angesiedelt. Dies erfordert die Prüfung der gesamten Infrastruktur, (soziale Einrichtungen, Schulen, Kindergärten, Verkehrswege e.t.c.) und ggf. deren Anpassung an die neuen Verhältnisse.

MIAG

Das z.Zt. militärisch genutzte Industriegelände kann für die zukünftige planerische Entwicklung Ober-Ramstadts eine wichtige Rolle spielen. Deshalb und weil diese Anlage einen potentiellen Gefahrenpunkt darstellt, fordern wir deren Schließung.

Verkehrswege

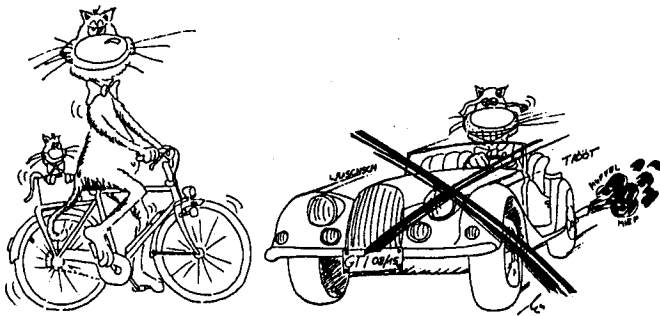
Die Bahnlinie trennt alte und neue Stadt. Die Verbindungswege nach Norden sind immer noch wie die aus dem vorigen Jahrhundert:

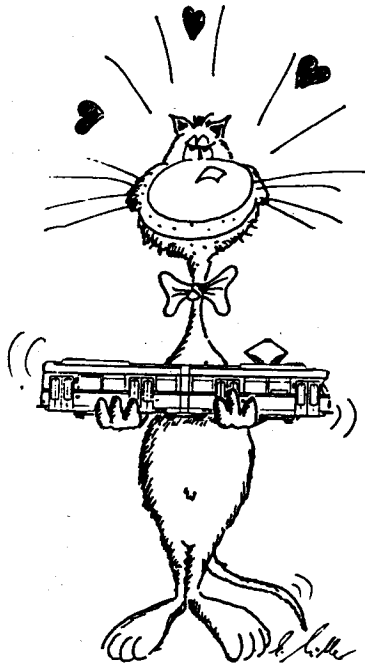
- eine Straßenunterführung, eine Feldwegeunterführung (MIAG) und drei beschränkte Bahnübergänge.

Die Verbesserung der Verkehrswege zwischen beiden Teilen der Stadt halten wir für eine wichtige Aufgabe. Direkte Verbindungswege über die Bahn, wie die Fußgängerbrücke Holzpfad, gehören dazu.

Verkehrsberuhigung

Je mehr die Motorisierung zunimmt, desto eindringlicher wird die Notwendigkeit, deren negative Auswirkungen einzudämmen. Verbote allein werden dabei kaum zum Erfolg führen. Wir unterstützen deshalb jede Anstrengung, die den allgemeinen Lebensraum in unserer Stadt verbessern hilft. Ein durchgängiges Fuß- und Radwegenetz in der Kernstadt mit Anschluß an die Randzonen ist ein konstruktiver Beitrag zum "weg-vom-Auto".





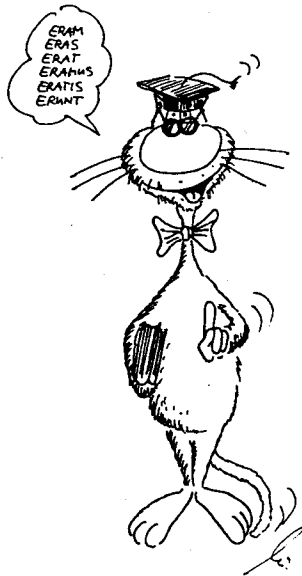
Ober-Ramstadts Treppchen

Beinahe unzählbar sind die vielen kleinen Treppenwege, auf die man an allen Stellen der Stadt unvermutet trifft. Sie bieten die besten Ansatzpunkte für die Verbesserung von Fußgängerverbindungen. Voraussetzung dazu ist allerdings die gründliche Instandsetzung und sinnvolle Ausstattung. Hier kann mit dem Einsatz verhältnismäßig geringer Mittel viel erreicht werden.

Fußgängerbrücke Holzpfad

Die Fußgängerbrücke Holzpfad wäre ein wichtiges Bindeglied zwischen Alt- und Neustadt. Sie diene nicht nur zur Verkürzung des Fußweges zwischen Eiche und Kernstadt und zur Bahnstation (für die Eicheaner), sondern im wesentlichen zur Entschärfung des ansonsten abenteuerlichen Schulweges für unsere Schulanfänger. Schulwege entlang Ausfallstraßen oder den Arbeitsbereich von Gabelstaplern führend, halten wir für unverantwortlich. Die BfO/Grüne werden sich dafür einsetzen, daß die gestrichenen Mittel wieder in den Haushalt eingestellt werden und der Bau der Brücke endlich wahr wird.

Kulturpolitik - für alle -



Eine "liebensorwerto" Wohnqemeinde besteht nicht nur aus der funktionierenden technischen Infrastruktur, sondern ist in starkem MaÙe vom kulturellen Angebot abhängig. Dafür braucht man nicht in erster Linie teure Neubauten als "Musentempel", sondern die Bereitschaft, die Vielfalt kultureller Bestrebungen ohne Scheuklappen zu fördern. Geringe finanzielle Investitionen können die ehrenamtliche Tätigkeit in den kulturtreibenden Vereinen wesentlich unterstützen :

- Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten des Scheunensaals.
- die Einrichtung eines kommunalen Kinos im Scheunensaal.
- mehr Möglichkeiten zum Ausstellen für nicht vereinsgebundene Ober-Ramstadter Künstler.

Ausländerpolitik

Unser Bemuhlen gilt dem besseren Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern in Ober-Ramstadt. Dies gilt auch für die hier lebenden Asylbewerber. Wir werden uns dafür einsetzen, daÙ :

- Dolmetscher, vor allem für Türkisch, zu bestimmten Dienststunden bei der Verwaltung verfügbar sind.
- Hausaufgabenhilfe, vor allem für Auslanderkinder, unterstützt wird.
- ein verstärktes Angebot an Sprachunterricht, besonders auch für Asylbewerber, zur Verfügung steht.
- die Tagungsstätte des deutsch-türkischen Arbeitskreises mindestens auf die ursprüngliche GroÙe erweitert wird.

Kommunalpolitik ist Frauenpolitik

Das Grundgesetz, Artikel 3, verpflichtet auch die Verwaltung der Stadt Ober-Ramstadt, sich nicht nur für die Beseitigung der Frauendiskriminierung, sondern aktiv für die Gleichstellung von Frauen in der Stadt einzusetzen. BfO/Grüne fordern deshalb:

- die Einstellung einer Frauenbeauftragten, die intern (in der Verwaltung) und extern (in Wirtschaft und Gesellschaft in Ober-Ramstadt) zuständig sein soll. Die Frauenbeauftragte soll fest eingestellt werden und mit eigenen Kompetenzen (eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, Einspruchsrecht bei frauenfeindlichen Beschlüssen, Verfügungen, Vorhaben usw.) ausgestattet sein. Das Büro der Frauenbeauftragten ist auch Anlaufstelle für die ratsuchenden Bürgerinnen der Stadt Ober-Ramstadt.

- den Abschluß einer Dienstvereinbarung zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Stadtverwaltung Ober-Ramstadt in Zusammenarbeit mit dem Personalrat.
- die Einrichtung und Förderung eines Frauentreffs (Frauencafés) mit Bildungs- und Informationsangebot als Selbsthilfeeinrichtung für die Ober-Ramstädter Frauen.
- Bezuschußung überregionaler Beraterorganisationen wie z.B. Pro Familia, Wildwasser, Frauenhäuser.
- Besondere Berücksichtigung der Lebenssituation ausländischer Frauen und Mädchen durch Unterstützung bestehender Angebote.
- Hilfestellung für Frauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, z.B.
- Schaffung von Arbeitsplätzen, Information über Weiterbildungsangebote und Umschulungsangebote (Arbeitsamt, Verwaltungsschulverband, Kreis-VHS), verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Information über bestehende Angebote.

Familien- und Jugendpolitik - Taten statt Worte -

BfO/Grüne setzen sich für die Verbesserung der Situation von Familien und Jugendlichen ein. Wir fordern im einzelnen:

- eine kommunale Tagesmüttervermittlung und Ausweitung des Angebotes an Tagespflegestellen.
- Einrichtung bzw. Unterstützung bestehender Kinderkrippen (für Kinder im Alter von einem Vierteljahr, in Ausnahmefällen ab der 6. Lebenswoche, bis zu 2 Jahren).
- Einrichtung bzw. Unterstützung bestehender Krabbelstuben (für Kinder von 2-3 Jahren).
- eine stärkere finanzielle Unterstützung der örtlichen Kindergärten (z.B. durch Aufstockung des Personals und Erweiterung der Vormittagsbetreuung einschließlich Mittagessen).
- gemeinsame Betreuung von gesunden und behinderten Kindern.
- Einrichtung eines Kinderhortes in Ober-Ramstadt (für Kinder vom 6. bis zum 16. Lebensjahr).
- Einrichtung bzw. Förderung eines Frauenhauses zusammen mit anderen Kommunen für den Westkreis Darmstadt-Dieburg.
- Bereitstellen von Wohnungen für alleinerziehende Mütter und Väter.

Unsere Kandidaten

1. Wolfgang Schrecke, Ing.(grad.), Hochstr.5
2. Dagmar Hoffmann, Beamtin, Am Küchler 13
3. Hans Joachim Gerstenberg, Dipl.-Ing., Carlo-Mierendorff-Str.7
4. Dieter Störger, Dialyse-Techniker, Mühlstr.1
5. Lieselotte Emich, Kauffrau, Flurstr.41
6. Horst Becht, Fernmeldehandwerker, Kirchstr.11
7. Otto Weber, Ing.(grad.), In der Stetbach 32
8. Roland Maiwald, Dipl.Päd., Rodauer Straße 2
9. Klaus Keinert, Bauingenieur, Im Steinig 29



Die veränderte wirtschaftliche Situation belastet besonders die Familien mit Kindern. Vor allem Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, müssen auf Urlaubsreisen verzichten. BfO/Grüne fordern:

- finanzielle Aufstockung der Ferienspiele
- organisierte Kinderfreizeit in den Ferien

Die rückschrittliche Bildungspolitik in Hessen mit ihren Ausleseverfahren führt zu erhöhtem Leistungsdruck in den Schulen. Besonders Grundschulkinder sind vom Schulstress und Abbau von Chancengleichheit betroffen. BfO/Grüne fordern in der Schul- und Bildungspolitik :

- die Einrichtung einer betreuten Grundschule an der Schießbergschule (durch den täglich geänderten Stundenplan für Grundschüler stehen berufstätige Eltern vor kaum lösbaren Problemen).
- Wiedereinrichtung der Grundschule in Rohrbach.
- Erweiterung der Hausaufgabenhilfe.
- ein Jugendzentrum für die städtische Jugendarbeit mit sinnvollen und ansprechenden Bildungsmöglichkeiten.
- Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte für Jugendliche und junge Erwachsene, z.B. im Natur- und Umweltschutz.
- betreute Jugendwohngruppen.
- Integrationshilfe für ausländische Jugendliche.

Seniorenpolitik

Senioren wollen so lange wie möglich in ihren eigenen "Vier Wänden" wohnen. Um das zu ermöglichen, müssen in ausreichendem Umfang mobile soziale Einrichtungen vorhanden sein. BfO/Grüne fordern:

- mehr Personal für die Sozialstation, insbesondere um die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen besser versorgen zu können.
- altengerechte öffentliche Einrichtungen.
- Ausbau des Beratungsdienstes für die Älteren.
- Erweiterung des kulturellen und sportlichen Freizeitprogramms für Senioren.
- Erholungsmaßnahmen für ältere bedürftige Menschen.

Soziales

BfO/Grüne treten für eine stärkere kommunale Unterstützung für hilfsbedürftige, benachteiligte und auf Sozialhilfe angewiesenen Mitbürger ein. Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik führt zu steigender Arbeitslosigkeit und zu einer zunehmenden Zahl von Sozialhilfeempfängern. Die Sozialhilfelasten für die Kommunen sind auf Dauer nicht mehr tragbar. BfO/Grüne fordern daher Anstrengungen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern und das Schicksal der Sozialhilfeempfänger zu mildern. Konkret bedeutet dies

- die Ausweitung von ABM-Stellen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) in den Bereichen Altenarbeit, Jugendarbeit, Ausländerarbeit, Kultur, Soziales und Umweltschutz.
- Aufstockung der Zuwendungen für Sozialhilfeempfänger.

Kranke und behinderte Menschen sind ganz besonders auf unsere Fürsorge und Rücksichtnahme angewiesen. BfO/Grüne fordern:

- behindertengerechte Zugänge in allen öffentlichen Einrichtungen.
- Unterstützung bei der Bereitstellung von Behindertentaxis.
- Einrichtung von Blindenampeln.

